

Nationale, europäische und globale Feinde der offenen Gesellschaft heute

Max Haller

Beitrag zum Plenum 1 »Offene Gesellschaften und ihre Feinde¹«

In diesem Beitrag möchte ich direkt an die Ideen von Karl R. Popper, der ein berühmtes Buch mit einem ähnlichen Titel wie dieser Beitrag verfasst hat, anknüpfen. Er ist in vier Schritte gegliedert: Nach einer Definition dessen, was wir unter einer „offenen Gesellschaft“ verstehen können, werde ich Tendenzen der Gefährdung solcher Gesellschaften auf drei Ebenen aufzeigen: auf der nationalen Ebene, auf der internationalen Ebene, und im Rahmen der europäischen Integration. Abschließend werde ich argumentieren, dass es heute auch neue, an einer offenen Gesellschaft interessierte Tendenzen und Kräfte gibt. Dabei werde ich mich weitgehend auf westlich-demokratische Gesellschaften beschränken.

Was ist eine „offene Gesellschaft“ und welche Kräfte und Tendenzen gefährden sie

Fragen wir uns zunächst, was eine offene Gesellschaft ist und welche Gefährdungen es für sie heute gibt.

Die offene Gesellschaft nach Popper

Bei Popper (1957, 1958) finden wir mindestens vier Kriterien für eine offene Gesellschaft: (1) Als erstes nennt er eine Gesellschaftsordnung, „in der sich die Individuen persönlichen Entscheidungen gegenübersehen.“ (Popper 1957: 233). Im Mittelpunkt einer offenen Gesellschaft steht der Mensch, nicht ein Kollektiv, ein Stamm, ein Staat oder eine Nation. Individuelle Freiheit ist ein zentrales Kriterium einer offenen Gesellschaft. (2) In einer offenen Gesellschaft gibt es sozialen Aufstieg und Wettstreit, aber auch Ungleichheit und Klassenkampf. In einer geschlossenen Gesellschaft betrachten deren Herrscher, aber auch die Unterworfenen selbst, Sklaverei, Kasten- und Klassenherrschaft als „natürlich“ (Popper 1957: 238). Auch die freie Marktwirtschaft gilt für Popper als Merkmal einer offenen Gesellschaft; dabei vertritt er allerdings keine *laissez-faire* Politik, sondern hat eher das Bild einer sozialen Marktwirtschaft vor Augen, die staatliche Interventionen für sozial Schwache vorsieht. (3) In einer offenen Gesellschaft gibt es kontinuierlichen Wandel und Reform; sie strebt aber nicht nach einem an

¹ Für wertvolle Kritik und Anregungen zur ersten Fassung dieses Beitrags danke ich Dieter Bögenhold, Sebastian Haller, Klaus Kraemer, und Harald Stelzer.

Utopien orientierten gesellschaftlichen Totalumbau, sondern setzt auf schrittweise, partielle Reformen (*piecemeal engineering*), die gegebenenfalls revidierbar sind, wenn sie unvorhergesehene negative Effekte haben. (4) Die offene Gesellschaft ist durch Pluralismus und Toleranz charakterisiert, ein Zusammenleben, das auf der Berücksichtigung vielfältiger Ideen, struktureller Diversität, Respektierung und Schutz von Minderheiten beruht. Sie ist auch demokratisch, weil nur solche Politiken durchgesetzt werden, für welche sich Mehrheiten finden; eine solche ist aber nur für konkrete, eher an Leidminimierung, der Beseitigung von Übeln und Missständen orientierten Maßnahmen zu gewinnen als für die Verwirklichung einer Idealgemeinschaft, die das Glück aller befördern soll. Ein Totalumbau einer Gesellschaft kann starke Widerstände hervorrufen, ist daher oft mit Zwang und Leid verbunden; er wird letztlich immer zu einer Diktatur, führen (Popper 1957: 215ff.).

Unbehinderte Kommunikation und Information als zentrale Merkmale einer offenen Gesellschaft

Nur in einer offenen, demokratischen Gesellschaft können sich die Menschen über ihre Interessen verständigen und Vereinbarungen treffen, die allen nützen, oder mit denen alle mindestens leben können. Ich betrachte daher die unbehinderte Verfügbarkeit von sozial relevantem Wissen und Information, die freie und offene Diskussion und Kommunikation als Grundmerkmale einer solchen Gesellschaft. Ich kann mich hier auch auf andere bedeutende Sozialwissenschaftler beziehen. Nach Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns ist nicht der einzelne Mensch (immer) vernünftig, aber unverzerrte Kommunikation, in der Status- und Machtbeziehungen ausgeschaltet sind und der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ entscheidet, kann sicherstellen, dass sich letztlich die Vernunft durchsetzt (Habermas 1981: 369ff.). Dies entspricht vollkommen der Auffassung von Popper (1994: 160), der schreibt: Ein rationaler Mensch „glaubt nicht, dass er selbst oder sonst jemand im Besitz der Wahrheit ist. Aber er glaubt, dass nur die kritische Diskussion uns die Reife geben kann, die nötig ist um eine Idee von mehr und mehr Seiten zu sehen und sie gerecht zu beurteilen.“ Deshalb stellt für Popper auch die freie Wissenschaft eine zentrale Institution offener Gesellschaften dar. Amartya Sen (2007: 188) hat argumentiert, dass auch ein richtiges Verständnis der ökonomischen Bedürfnisse sich der öffentlichen Diskussion verdankt; im Allgemeinen werde unterschätzt, „in welchem Umfang und mit welcher Durchschlagskraft sich der offene Dialog auf soziale und politische Probleme auswirkt“ – bzw. auf deren Thematisierung, wie ich anfügen würde.

Meine zentrale These lautet, dass das Vorhandensein von umfassenden und objektiven Informationen über wichtige gesellschaftliche Sachverhalte und die Möglichkeit zu unbehinderter öffentlicher Kommunikation die Garanten dafür sind, dass Missstände auch aufgegriffen und bearbeitet werden können. Wissen allein kann schon eine revolutionäre Kraft entfalten. Die Erfindung des Buchdrucks und der Druckerpresse machte das gedruckte Buch und damit das gesammelte Wissen zu einem Massenartikel, der die Grundlagen für Renaissance, Reformation und Aufklärung bildete und entscheidend zur Entfaltung moderner Gesellschaften beitrug.

Strategien zur Unterminierung der kommunikativ offenen Gesellschaft

Zumindest vier Strategien stehen zur Verfügung, um die Offenheit einer Gesellschaft zu unterminieren: (1) Verschweigen und Ignorieren: Nicht-Thematisierung, aber auch Verheimlichung von Informationen über die soziale Realität und die eigenen Interessen und Aktivitäten. Ein markantes und auch politisch relevantes Problem hier ist Vorteilsnahme und Korruption unter Politiker/-innen. (2) Verharmlosung: Nur selektiv-partielle Preisgabe von unangenehmen Informationen und ihre relativierende Darstellung. Dies ist eine alltäglich zu beobachtende Strategie: Es werden Unregelmäßigkeiten aufge-

deckt, und die beteiligten Politiker/-innen sind dann nach und nach – im Ausmaße, in dem es durch die Medien aufgedeckt wird – bereit, es auch zuzugeben. (3) Kampf um Themenführerschaft, Dramatisierung, „Meinungsmache“ (Müller 2009): tendenziöse Auswahl und Darstellung, auch Verzerrung von Informationen. (4) Unterdrückung kritischer Informationen, Brandmarkung und Ausschaltung ihrer Urheber und Verbreiter. Strategie 4 wird in demokratischen Gesellschaften im Prinzip zweifellos als illegitim angesehen, aber in Extremfällen trotzdem angewandt. Für die Strategien 1 bis 3 dagegen gibt es nach wie vor weite Felder von Aktivitäten.

Ich möchte Strategien der selektiven Information und Kommunikation auf drei Ebenen diskutieren, auf der Ebene der Nationalstaaten, auf der internationalen Ebene und auf der Ebene der europäischen Integration.

Gefährdungen der offenen Gesellschaft auf nationaler Ebene: Die Transformation der Medien und die Unterminierung ihrer Informations- und Kritikfunktion

Ein zentraler Aspekt der Offenheit einer Gesellschaft ist die Presse- und Medienfreiheit. Seit Rousseau oft als „vierte Gewalt im Staat“ bezeichnet, sind die Medien das Hauptinstrument für die Information der Bürger/-innen; sie besitzen auch eine wichtige Kritik- und Kontrollfunktion. Seit den Revolutionen in England und Amerika wird Pressefreiheit als zentraler Aspekt demokratischer Freiheiten gesehen und wird daher in allen modernen Verfassungen festgehalten (vgl. schon Tocqueville [1835]1976). In westlichen Demokratien sind die Medien heute sicherlich grundsätzlich frei – trotzdem sind gravierende neue Probleme entstanden. Ich sehe hier vier wichtige Tendenzen und neue Probleme: die Medienkonzentration, die Ausdünnung der unabhängigen Medien, die Ausbreitung von public-relations Produkten und den Aufstieg der neuen, elektronisch-digitalen Medien.

- (1) Die Medienkonzentration: in vielen westlichen Ländern sind immer mehr Zeitungen und Zeitschriften eingegangen und unter die Fittiche großer Medien-Unternehmen und Konzerne geraten (Muzik 1989; Hachmeister, Rager 2005). Die vierzehn größten Medienkonzerne der Welt (neun davon in den USA) haben Jahresbudgets zwischen 10 und 50 Milliarden Dollar; sie besitzen Print-, Fernseh-, Film- und Internetfirmen oft in vielen Ländern. Ihre Leitprinzipien sind vielfach nicht mehr journalistischer, sondern betriebswirtschaftlich-finanzieller Art. Besonders evident ist dies am Beispiel des Fernsehens, wo kommerzielle Sender heute das Übergewicht haben, die großteils reine Unterhaltung bieten. Die größten Medienkonzerne und ihre Eigentümer (wie Rupert Murdoch, Silvio Berlusconi, früher Axel Springer) können die öffentliche Meinung eines Landes entscheidend beeinflussen. In vielen Ländern gibt es dominante Tageszeitungen in Millionenauflagen (die *Bild-Zeitung* in Deutschland; die *Kronenzeitung* in Österreich; *The Sun*, *Daily Mail* in England; *Yomiuri Shimbun* und *Asahi Shimbun* in Japan), die enormen Einfluss ausüben.
- (2) Die Ausdünnung unabhängiger, kritischer Medien. Auch die zahlreichen regionalen Blätter in den deutschsprachigen Ländern erhalten den Großteil ihrer Texte von zentralen Presseagenturen; was diese schreiben, bestimmt weitgehend Themen und Ausrichtung der politischen Berichterstattung. Bei den großen Qualitätszeitungen zeigt sich ein bedenklicher Trend insofern, als sie immer weniger Profil zeigen und in ihrer Ausrichtung zur Mitte rücken (Müller 2009).
- (3) Ausbreitung von public-relations Produkten. Immer stärker breitet sich ein Typ von Medien aus, der direkt von Unternehmen und Verbänden finanziert wird. Auch vordergründig fach- und the-

menbezogene Medienprodukte sind politisch nicht neutral, vor allem dann nicht, wenn es um die konkreten wirtschaftlichen Interessen der dahinter Stehenden geht. In diesen Medien arbeiten primär PR-Mitarbeiter/-innen; in den USA sind es schon mehr als unabhängige Journalist/-innen (Müller 2009: 258ff.) Selbst in den redaktionellen Teilen anspruchsvoller Printmedien finden sich immer mehr PR-Beiträge in verkappter oder offener Form. Relevant ist hier auch der starke Einfluss scheinbar unabhängiger, wissenschaftlich fundierter, meist jedoch konservativ-bürgerlich ausgerichteter *think thanks* vor allem in den USA. In Deutschland ist hier insbesondere der Bertelsmann-Konzern und seine Stiftung zu nennen, nach einem kritischen Beobachter der „größte Oligopolist der veröffentlichten Meinung“ in Deutschland (Müller 2009: 2008ff.).

- (4) Aufstieg der elektronischen Massenmedien. Junge Menschen lesen heute vielfach keine Zeitung mehr, sondern informieren sich über Internet. Durch Informationsdienste wie Wikipedia und soziale Medien wie Facebook, YouTube, Twitter, Google+ und viele andere stehen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung, die es in dieser Form noch nie gab. Auf der positiven Seite dieser medialen Revolution kann man verbuchen: (1) eine ungeheure Zunahme der Information, die heute jedermann mit einem Netzanschluss zugänglich ist; (2) einen massiven Zuwachs an aktueller und kritischer Information, auch mit Bildern über alle möglichen Ereignisse und aus aller Welt, damit auch eine Demokratisierung der Information; Mediennutzer, die tendenziell selbst zu Produzenten werden; durch die Möglichkeit der weltweiten Vernetzung von Aktivisten können Aktionen koordiniert und soziale Bewegungen neuer Art entstehen wie der „arabische Frühling“ 2011 mit den Massendemonstrationen auf dem Tahrir-Platz in Kairo, die Bewegungen der *indignados* in Spanien und der *Occupy-Wall-Street* in den USA (Gerbaudo 2012; Shirky 2011). Die elektronische Medien-Revolution hat auch Schattenseiten: (1) es wird immer schwieriger zu erkennen, was wichtig oder unwichtig, wahr oder falsch ist; (2) demokratisch und ethisch fragwürdige Äußerungen und Inhalte können sich ungestraft breitmachen, das öffentliche Klima vergiften und Menschen in ihrer privaten Sphäre schwere Verletzungen und Schäden zufügen; (3) auch die neuen Medien können in den Fang von wirtschaftlichen Interessen geraten und von Machthabern missbraucht werden.

Gefährdungen der offenen Gesellschaft auf internationaler Ebene: Geheimhaltung und selektive Darstellung der Globalisierung und ihrer Folgen

Die Globalisierung ist wohl jener Trend, der Wirtschaft und Gesellschaften in aller Welt in den letzten Jahrzehnten am massivsten umgestaltet hat. Die Prozesse sind bekannt:

Eine massive „*kapitalistische Landnahme*“ hat stattgefunden (Harvey 2015; Bude, Staab 2016) Unternehmen haben sich über Ländergrenzen hinweg zu multinationalen Konzernen zusammengeschlossen, deren Umsatz ebenso hoch ist wie die Budgets von mittelgroßen Staaten wie Österreich, Schweden oder Polen (Werner, Weiss 2003; Cohen, Kennedy 2007); die komplizierten rechtlichen Verschachtelungen zwischen diesen Unternehmen ermöglichen es ihnen steuerliche Verpflichtungen zu minimieren, indem sie Administrationen und Produktionen dorthin verlagern, wo die Bedingungen am günstigsten sind; mit der Drohung ihre Produktionsstätten wieder abzuziehen, können die Konzerne massiven Druck auf Regierungen ausüben; durch die Auslagerung von arbeitsintensiven Produktions- und Montageprozessen in Länder des globalen Südens kann man nicht nur mit extrem niedrigen

Lohnkosten kalkulieren, sondern auch mit minimalen Auflagen und laxen Kontrollen im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Sicherheit und Sozialleistungen.

Dass eine sehr kritische Beurteilung dieser Entwicklungen notwendig und am Platze ist, steht außer Frage. Ich möchte hier argumentieren, dass auch in diesem Zusammenhang die Frage der Information der Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung ist und dazu die folgenden Thesen aufstellen: (1) Die negativen Folgen der Globalisierung und ausbeuterische Praktiken von multinationalen Konzernen werden durch weltweite Information darüber signifikant reduziert, weil dadurch Druck auf Unternehmen, aber auch auf Staaten im Norden und Süden ausgeübt wird. (2) Die kritische Haltung gegenüber der Globalisierung ist nicht nur durch die objektiv problematischen Folgen dieser verursacht worden, sondern vor allem durch (a) die Verheimlichung der Ziele von internationalen Verhandlungen zu neuen Freihandelsabkommen; (b) eine unzureichende Thematisierung von Rüstung, Waffenhandel und militärischen Interventionen als Ursachen für Flüchtlingsbewegungen; und (c) eine dramatisierende Darstellung der negativen Folgen der Globalisierung.

Reduktion ausbeuterischer Praktiken von multinationalen Konzernen und negativer Folgen der Globalisierung durch weltweite Informationskampagnen

Um zu einer adäquaten Einschätzung der Effekte der „kapitalistischen“ Globalisierung in der Dritten Welt zu kommen, darf man nicht nur den Zustand zu einem Zeitpunkt betrachten, sondern muss sich deren historischen Verlauf ansehen. In den Anfangsphasen der globalen Expansion international tätiger Konzerne nach dem Zweiten Weltkrieg war bei uns noch weitgehend unbekannt, wo und wie diese Unternehmen operieren; auch waren in vielen Ländern des globalen Südens noch autoritäre Regimes an der Macht, welche den unmenschlichen Beschäftigungs- und Ausbeutungspraktiken in den Produktionsstätten der multinationalen Konzerne wenig Hindernisse in den Weg legten; die Konzerne hatten daher einen enormen Spielraum. Aber seit Anfang der 1990er Jahre haben sich signifikante Veränderungen ergeben. Zum ersten hat sich die Anzahl der Staaten, die man als demokratisch einstufen kann, sich signifikant erhöht. Zum zweiten sind internationale soziale Bewegungen entstanden, die Informationen über inhumane Praktiken sammeln und verbreiten und damit Druck auf die Unternehmen ausüben (Worldwatch Institute 2008). Wenn unmenschliche Praktiken bestimmter Firmen öffentlich angeprangert werden, müssen diese reagieren, da dies ihr Markenimage massiv schädigen kann (Klein 2005). Zum Dritten gilt, dass auch heimliche Kooperation westlicher Konzerne mit autoritären Staaten in der Dritten Welt erschwert wird, wenn sie ans Tageslicht kommt und von sozialen Gruppen und Bewegungen kritisiert wird. So wurden in der Schweiz und in Deutschland die früher legale Möglichkeit, Bestechungsgelder an ausländische Firmen von der Steuer abzusetzen, abgeschafft.

Geheimhaltung der Ziele internationaler Verhandlungen über die Verstärkung des Freihandels als Ursache für ihre zunehmende öffentliche Ablehnung

Es kommt immer wieder vor, dass Verhandlungen und Abmachungen zwischen Staaten und Konzernen über die Ausweitung des Freihandels öffentlich werden und zu massiven Protesten und in der Folge auch zu einer sehr negativen öffentlichen Meinung führen. Dies geschah schon Mitte der 1990er Jahre bei den Verhandlungen über ein Multilaterales Abkommen über Investitionen (abgekürzt MAI) zum Schutz von Auslandsinvestitionen. Ähnliches passierte zuletzt beim TTIP-Projekt (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*), einem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Demnach würde sich die EU verpflichten, alle internen Regulierungen künftig TTIP-konform und mit Zustimmung der USA zu gestalten. Auf der anderen Seite müssten in manchen Bereichen die hö-

heren Standards der USA übernommen werden. Konzernen soll durch dieses Abkommen das Recht eingeräumt werden, Staaten vor nichtstaatlichen Gerichten auf Schadenersatz zu verklagen – eine Paralleljustiz mit Milliardenrisiken für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Auch dieser Verhandlungsprozess verlief sehr intransparent. Nach zahlreichen Protesten sank die öffentliche Zustimmung zu TTIP massiv, insbesondere in Deutschland und Österreich. Seine Umsetzung ist inzwischen mehr als fraglich.

Die Dramatisierung der negativen Folgen der Globalisierung

Welche Bilanz ergibt sich aus der Globalisierung, was hat sie an Negativem, aber auch an Positivem gebracht? Auf offenkundige negative Effekte habe ich bereits hingewiesen. Hier möchte ich zeigen, dass auch bei Sozialwissenschaftlern ein Defizit im Hinblick auf objektiv-sachliche Information festzustellen ist; mehrere der in der Öffentlichkeit bekanntesten soziologischen Theoretiker der Globalisierung haben extrem negative Bilder gezeichnet – Bilder, die der Realität zum Teil offenkundig widersprechen.

In einem der ersten Bestseller zum Thema schrieben die Journalisten Martin und Schumann (1996: 17):

„In einer globalen Zangenbewegung hebt die neue Internationale des Kapitals ganze Staaten und deren bisherige Ordnung aus den Angeln. An der einen Front droht sie mal hier, mal dort mit Kapitalflucht und erzwingt so drastische Steuerabschläge sowie milliarden schwere Subventionen oder kostenlose Infrastruktur... Börsenkurse und Konzerngewinne steigen mit zweistelligen Raten, während Löhne und Gehälter sinken.“

Als ideologische Unterfütterung diene der Neoliberalismus mit seinen Prinzipien der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, die weltweite Nutzung des technischen Fortschritts werde zu Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung führen. Ein ähnlicher Ton findet sich in Analysen von prominenten Soziologen. Jean Ziegler (2005: 12) schrieb etwa: „Zu Beginn des neuen Jahrtausends beherrschen die transkontinentalen kapitalistischen Oligarchien die ganze Welt. Ihre tägliche Praxis und ihr Rechtfertigungsdiskurs stehen in radikalem Widerspruch zu den Interessen der übergroßen Mehrheit der Erdbewohner.“ Ähnlich Ulrich Beck (2007: 266): „Das Politische ist im globalen Zeitalter nicht ausgestorben, sondern ausgewandert... Weltpolitik ist Weltinnenpolitik geworden, die der nationalen Politik die Grenzen und Grundlagen raubt... Der Nationalstaat ist abgeräumt worden. Der Sozialstaat ist eine Trümmerstätte...“ Nicht alle Autoren sehen die Globalisierung und ihre Folgen so negativ (Vgl. zum Beispiel Cohen, Kennedy 2007). Trotzdem kann man diese Aussagen als repräsentativ bezeichnen; sie bestimmen auch vielfach die Lehre in Studiengängen zu Globalisierung, Entwicklung und ähnlichen Themen und formen damit das Weltbild vieler junger Akademiker.

Die statistischen Fakten in Bezug auf die Entwicklung der Lebensverhältnisse weltweit sprechen eine andere Sprache. Tatsächlich haben sich diese im Zuge der Globalisierung signifikant verbessert. Seit 1990 ist nach Angaben der WHO die Zahl der Armen auf der Welt von 50 Prozent auf 22 Prozent zurückgegangen; jener der extrem Armen (weniger als 1 \$ pro Kopf und Tag) hat sich um mehrere hundert Millionen verringert (vor allem durch den Aufstieg von China); die Lebenserwartung ist im Weltdurchschnitt um 6 Jahre auf 73 Jahre gestiegen. Auch von einem Sozialabbau kann nicht die Rede sein. Die Sozialausgaben sind in den meisten europäischen Ländern gestiegen. Dies war nicht nur eine Folge der Zunahme von Rentenbeziehern oder Arbeitslosen; vielmehr wurden auch neue sozialpolitische Maßnahmen und Leistungen eingeführt. Umfassende Daten über weltweit positive Entwicklungen hat der schwedische Sozialepidemiologe Hans Rosling auf seiner Gapminder-website zusammengestellt.

Gefährdungen der offenen Gesellschaft durch die europäische Integration

Die Europäische Union scheint geradezu ein Paradebeispiel für eine offene Gesellschaft zu sein (wenn wir einmal annehmen, dass es so etwas wie eine „europäische Gesellschaft“ gibt): Sie ist durch einen demokratisch legitimierten Gründungsakt entstanden; ihr kontinuierlicher Zuwachs an Mitgliedern ist durch deren freie Entscheidung erfolgt; ihre zentralen Institutionen wurden gemeinsam eingesetzt. So ist es nicht überraschend, dass die europäische Integration von vielen als ein weltpolitisch einmaliger Fortschritts-Prozess charakterisiert wird. Dafür nur einige prominente Beispiele. Für Ulrich Beck und Edgar Grande (2004) verkörpert „Europa“ die im Rahmen der Globalisierung notwendig gewordene kosmopolitische Orientierung – die Anerkennung von Vielfalt in der Einheit, die Dominanz von Prinzipien wie Toleranz, demokratischer Legitimation und Effizienz. Der einflussreiche amerikanische Publizist Jeremy Rifkin (2004) schrieb in seinem Buch *„Der europäische Traum“*, Europa – womit er die Europäische Union meint – schneide in fast allen Aspekten besser ab als die Vereinigten Staaten; der „europäische Traum“ schlage eine neue Geschichte vor, die sich auf „Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Frieden und Harmonie“ stützt (vgl. kritisch dazu Haller 2009: 425f.).

Diese Lobeshymnen kontrastieren einigermaßen mit einigen weithin anerkannten Tatsachen. So war die europäische Integration von Anfang an ein Elitenprozess, der von den Bürgerinnen und Bürgern mit viel weniger Enthusiasmus gesehen wurde (Haller 2009). Die Bürger/-innen mehrerer Länder Europas verweigerten den Beitritt zur EU, die Mehrheit der Briten stimmte vor kurzem für den Austritt aus der EU. Dem politischen System der EU wird von der Mehrheit der Politik- und Sozialwissenschaftler ein veritables Demokratiedefizit attestiert. Schließlich gilt – und dies betrifft direkt das Problem der Information, – dass die politischen Prozesse in der EU für den Normalbürger, ja selbst für Fachleute, vielfach undurchschaubar sind (Reimon, Weixler 2006:44-57).

Ich möchte hier zwei Aspekte der Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union diskutieren: die berühmte Monnet-Methode der Integration und die Art und Weise, wie die EU ihre Bürger/-innen über ihre Absichten und Maßnahmen informiert.

Die Monnet-Methode

Jean Monnet (1888-1979) war ein weitgereister und umtriebiger politischer Unternehmer, der bereits im 1. Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit mehrere Pläne zur Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich entwickelt hatte. Um 1950 entwickelte er mit dem französischen Außenminister den Schumann-Plan, der die Integration der deutschen und französischen Kohle- und Stahlindustrien vorsah; Monnet wurde erster Vorsitzender seines Direktoriums, der „Hohen Autorität.“ Die Tätigkeit Monnets war durch zwei Prinzipien charakterisiert (Haller 2009: 108-112): Zum einen ging es stets um politische Ideen und Maßnahmen, die von Monnet innerhalb kleiner Zirkel entworfen wurden; diese Pläne wurden dann direkt führenden politischen Akteuren vorgetragen; solange deren volle Unterstützung noch nicht gesichert war, wurden sie strikt geheim gehalten um öffentliche Diskussionen zu vermeiden. Im Sinne der funktionalistischen Integrationstheorie erwartete man, dass bestimmte Integrations-schritte, wenn einmal gesetzt, notwendig weitere nach sich ziehen und der Integrationsprozess somit eine Eigendynamik entfalten würde. Demokratische Verfahren spielten für Monnet und seine Mitstreiter also keine Rolle; man versuchte vielmehr bewusst, Öffentlichkeit zu vermeiden (Gramberger 1997). Jean-Claude Juncker, der derzeitige Präsident der EU-Kommission, bestätigte die aktuelle Gültigkeit der Monnet-Methode einmal ganz offen: *„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil*

*die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.*²

Public Relations als Informationsstrategie der EU

Es gibt wohl kaum eine andere politische Gemeinschaft, welche so kontinuierlich versucht ihre Bürgerinnen und Bürger umfassend über ihre Ziele und Maßnahmen zu informieren und aufzuklären wie die EU (Haller 2009: 355-358). Dazu werden vielfältige Strategien eingesetzt: Prospekte und Hochglanzbroschüren; Internet- und Webauftritte; organisierte Gruppenbesuche in Brüssel; Informationsveranstaltungen in den Mitgliedsstaaten usw. Ein Beispiel für den typischen Inhalt der Selbstdarstellung in solchen Medien:

„Die Europäische Union ist in vielerlei Hinsicht eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte. In mehr als 50 Jahren hat sie den Lebensstandard ihrer Bürger zu einem bisher unerreichten Niveau angehoben. Sie hat einen Markt ohne Grenzen geschaffen und eine gemeinsame Währung, den Euro. Sie ist eine wichtige Wirtschaftsmacht und führt weltweit in der Entwicklungshilfe.“³

Es geht bei den Mitteilungen der EU-Kommission aber nicht nur um eine sehr positive Selbstdarstellung – was an sich wohl jede politische Führung tut. Vielmehr wird eine „emphatische Identitätsrhetorik“ gepflegt, eine „Konsensfiktion“ etabliert, durch die mögliche Probleme und Konflikte, die mit dem Integrationsprojekt verbunden sind, systematisch ausgeklammert werden (Trenz 2006). Es erfolgt dadurch eine Entpolitisierung und Verschleierung der politischen Verantwortlichkeit von Entscheidungsprozessen (Bach 2009:88). Nach ihrem Selbstverständnis verkörpert die Kommission eine überlegene, ökonomisch-technische Rationalität (Immerfall, Schöne 2007). Die Kommission sieht die europäische Integration als einen „weitgehend entpolitierten Modernisierungsprozess im Sinne eines rationalen Erfolgsprojektes“; zentral dabei ist die Rhetorik der Unvollendetheit, die eine stark kritikimmunisierende Tendenz zur Folge hat; Interessen und Machtfragen, Verteilung und Ungleichheit werden ausgeklammert (Heschl 2013).

Schlussbemerkung

Was kann und was soll man als Soziologe angesichts der Bedrohungen offener Gesellschaften durch die angesprochenen Probleme von heute tun? Ich möchte nicht Überlegungen dazu anstellen, welche Reformen als notwendig erscheinen, um die besprochenen problematischen Tendenzen in den Griff zu bekommen. Stattdessen möchte ich argumentieren bzw. darauf hinweisen, dass es in der sozialen und politischen Realität es tatsächlich Kräfte und Mechanismen gibt, die den besprochenen Tendenzen entgegenwirken können. Es gibt zumindest vier Gegenteilstendenzen: Die Bildungsexpansion; die Stärkung der direkten Demokratie; das Auftreten herausragender und mutiger, charismatischer Persönlichkeiten; die Entwicklung von sozialen Bewegungen im Zusammenhang mit dem Internet; die Etablierung der Menschenrechte.⁴ Die Ausbreitung der allgemeinen Schulbildung hat die gesamte

² *Der Spiegel*, 27. Dezember 1999.

³ Aus einer Broschüre Facts and Figures about Europe and the Europeans, Luxembourg 2006; zitiert in Haller 2009: 355.

⁴ Aus Raumgründen kann ich diese hier leider nur mehr in Stichworten andeuten.

Gesellschaft umgewandelt und die Basis für die Demokratisierung gelegt – derzeit wird durch sie auch die Stellung der Frauen fundamental verbessert. Der ökonomische Aufstieg der Länder der Dritten Welt ist engstens mit dem Ausbau des Bildungswesens verbunden (Klingholz, Lutz 2016). Die direkte Demokratie ist ein wirkungsvolles Instrument, um das Interesse der Bevölkerung an der Politik wieder zu wecken (Wirnsberger, Haller 2015); es trifft auch nicht zu, dass gewöhnliche Bürger/-innen sich nicht ausreichend über komplexe politische Sachverhalte informieren können. Charismatische Persönlichkeiten sind in der Lage, durch ihre Aktionen weitreichende Veränderungen in Gang zu bringen; zu nennen sind hier neben Politikern (wie zuletzt zum Beispiel Michael Gorbatschow, Nelson Mandela, Lech Walesa, Vaclav Havel) auch couragierte Einzelpersonen (wie die Farbige Rosa Parks 1955 in den USA, der junge Tunesier Mohamed Bouazizi, der durch seine Selbstverbrennung 2011 den arabischen Frühling auslöste) und kritische Journalist/-innen und whistle-blower, die zur Aufdeckung skandalöser Zustände und zum Sturz von Regierungen beitrugen (wie Daniel Ellsberg in den USA 1971, Paul von Buitenen, Edward Snowden). Weltweite soziale Bewegungen entfalten heute infolge des Internet einen großen Einfluss; sie organisieren Massenbewegungen und Aufstände (Münch 2010). Die Ausformulierung und weltweite Anerkennung (wenn auch nicht vollkommene Durchsetzung) der Menschenrechte kann dazu führen, dass starker Druck auf autoritäre Regierungen und globale Konzerne entsteht (König 2005).

Zitierte Literatur

- Arendt, H. 1974: Über die Revolution. München: R. Piper.
- Bach, M. 2008. Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der europäischen Integration. Wiesbaden: VS Verlag.
- Beck, U., Grande, E. 2004: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Frankfurt: Suhrkamp.
- Beck, U. 2007: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt: Suhrkamp.
- Bude, H., Staab, P. Hg. 2016: Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen. Frankfurt/New York: Campus.
- Cohen, R. Kennedy, P. 2007: Global Sociology. New York: New York University Press.
- Gerbaudo, P. 2012: Tweets and the Streets. Social Media and Contemporary Activism. London: Pluto Press.
- Gramberger, M. R. 1997: Die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission 1952–1996. Baden-Baden: Nomos.
- Habermas, J. 1981. Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1. Frankfurt: Suhrkamp.
- Hachmeister, L., Rager, G. (Hg.) 2005: Wer beherrscht die Medien? Die 50 größten Medienkonzerne der Welt. Jahrbuch 2005. München: Beck.
- Haller, M. 2009: Die europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums? Wiesbaden: VS Verlag.
- Harvey, D. 2015: Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus. Berlin: Ullstein.
- Heschl, F. 2013: Die politische Rhetorik der Europäischen Kommission. Wiesbaden: Springer VS.
- Immerfall, S., Schöne, H. 2007: Gurkenverordnung und Europamüdigkeit. Zu den Nebenwirkungen einer Integration über Regulation. In G. G. Sander, R. Vetter (Hg.), Regelungswut in der EU – Wahrheit oder Mythos? Berlin: Logos, 30–54.
- Klein, N. 2005: No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. München: Goldmann.

- Klingholz, R., Lutz, W. 2016: Wer überlebt? Bildung entscheidet über die Zukunft der Menschheit. Frankfurt/New York: Campus.
- König, M. 2005: Menschenrechte. Frankfurt/New York: Campus.
- Rainer, M. L. 1988: Ideen, Interessen und Institutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Martin, H.P., Schumann H. 1996: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek: Rowohlt.
- Müller, A. 2009: Meinungsmache. Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen. München: Knauer-Taschenbuch-Verlag.
- Münch, R. 2010: Das Regime des Pluralismus. Zivilgesellschaft im Kontext der Globalisierung. Frankfurt/ New York: Campus.
- Muzik, P. 1989: Die Medienmultis. Wien/Stuttgart/Bern: Orac.
- Popper, K. R. 1957: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Erster Band: Der Zauber Platons. Bern: Francke Verlag.
- Popper, K. R. 1958: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Zweiter Band: Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen. Bern: Francke Verlag.
- Popper, K. R. 1994: Alles Leben ist Problemlösen. Über Erkenntnis, Geschichte und Politik. München/ Zürich: Piper.
- Reimon, M., Weixler, H. 2006: Die sieben Todsünden der EU. Wien: Ueberreuter.
- Rifkin, J. 2004: Der europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Sen, A. 2007: Ökonomie für den Menschen. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Shirky, C. 2011: The political power of social media. Foreign Affairs, January/February.
- Stelzer, H. 2004: Karl Poppers Sozialphilosophie. Politische und ethische Implikationen. Wien: LIT.
- Trenz, H. J. 2006: Europäische Öffentlichkeit als Selbstbeschreibungshorizont der europäischen Gesellschaft. In R. Hettlage, H. P. Müller (Hg.), Die europäische Gesellschaft. Konstanz: UVK, 273–297.
- Werner, K., Weiss, H. 2003: Das neue Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne. Wien/Frankfurt: Deuticke.
- Worldwatch Institute 2008: Zur Lage der Welt 2008. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ziegler, J. 2005: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. München: Goldmann.